

Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses

Europa-Forum Wachau 2020



DIGITALE KOMPETENZEN

Die WHO bezeichnete das Problem der Mis- und Desinformation im Internet neben der Pandemie als „Infodemie“, und damit eine der aktuell größten kommunikativen Herausforderungen. Da dem Internet ein starker Einfluss auf Kulturen und soziale Theorien nachzuweisen ist, ist die Investition in digitale Kompetenzen und Netzwerke zur Bekämpfung von Mis- und Desinformation essentiell. Hierzu zählen insbesondere die möglichst frühe Förderung von digitalen Kompetenzen sowie die Etablierung entsprechender Netzwerke (beispielsweise Forschungsnetzwerke), wie sie bereits auf EU-Ebene



angestoßen wurden. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere die psychologische Perspektive, beispielsweise die Auseinandersetzung mit Themen wie „confirmation bias“ oder sogenannten Bestätigungsfehlern, integriert werden. Das ist insofern relevant, als aktuelle Programme zur Etablierung von Medienkompetenzen häufig auf die Entwicklung von Kompetenzen zur Analyse und Bewertung von digitalen Medien, aber weniger auf die psychologischen Prozesse hinter Mis- und Desinformationen abzielen.

FORSCHUNGSSTANDORT ÖSTERREICH (Transdisziplinarität und offene Wissenschaft)

Die Krise hat gezeigt, dass die aktuellen Probleme nur inter- und transdisziplinär gelöst werden können. Die Investition in entsprechende Programme trägt daher zur Stärkung Österreichs als Forschungsstandort bei. Den nationalen Strategien stehen aber auch die Notwendig-

keit von länderübergreifenden Analysen gegenüber, insbesondere in Bezug auf Effekte von Regierungsmaßnahmen. Länderübergreifende Analysen und Programme, welche die offene Wissenschaft („open access“) fördern, sollten daher gefördert werden.

NAHBARKEIT DER POLITIK

Die Identifikation der Bevölkerung mit der Politik, der Europäischen Union, und das demensprechende Vertrauen steht aktuell auf dem Prüfstand. Als Maßnahmen am Weg zu mehr Nahbarkeit der Politik gelten die folgenden Aktivitäten: Die Erhöhung der Bürgerbeteiligung, beispielsweise durch digitale Bürgerbeteiligung und elektronische

Demokratie, die Verbesserung der EU-Kommunikation, sowie Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Identität. Ebenso zeigt sich ein Potential zum Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten (auf nationaler und auf EU-Ebene).

ATTRAKTIVITÄT DES LÄNDLICHEN RAUMS

Die Spezialisierung in den Regionen ist wichtig, insbesondere im Bereich der Ausbildungsstätten. Bezüglich der Strategien und Angebote für mehr Attraktivität des ländlichen Raumes als Wohnort für Jugendliche ist die Wichtigkeit der Förderung von Gruppen- und themen-

spezifischen Veranstaltungen sowie die Wichtigkeit von sozialen Nahbeziehungen oder Kulturangeboten bzw. „Kulturinfrastrukturen als Orte der Interaktion mit anderen“ zu nennen. Auch Konzepte wie „smart villages“ werden zukünftig Bedeutung erlangen.

UMWELT, NACHHALTIGKEIT UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Als wesentliche strategische Schwerpunkte mit zukünftig stärkerer Bedeutung haben sich in NÖ u.a. (neben den Bereichen Bildung, Gesundheit und Digitalisierung) die Bereiche Umwelt, und zwar insbesondere Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft herauskristallisiert. Die Bevölkerung zeigte eine starke Befürwortung des verstärkten Einsatzes von Niederösterreichs für Initiativen wie „Natur im Garten“, welche die Ökologisie-



rung von Gärten und Grünräumen in Österreich vorantreiben möchten und sich u.a. als Antwort auf den Klimawandel verstehen. Daher ist die Fortführung derartiger Projekte unbedingt anzuraten. Hier zeigt sich möglicherweise auch ein Potential, die Jugend wieder mehr an Bord zu holen (beispielsweise durch die Etablierung bzw. Fortführung von grünen Jugendprojekten).

TELEARBEIT, HOME-OFFICE UND HOME-SCHOOLING: INFRASTRUKTUREN UND HYBRIDE MODELLE

In Zeiten von Telearbeit, Home-Office und Home-Schooling sind klare Regelungen bezüglich Arbeitssicherheit, Kostenübernahme sowie eine gute Infrastruktur (Internetanschluss) essentiell. Diese Faktoren beeinflussen stark die Lebensqualität, und tragen damit wieder zum Faktor soziale Sicherheit bei. Es ist anzuraten, Unterneh-

men in der Etablierung von Telearbeits-Strukturen sowie hybriden Modellen zu unterstützen. Gleichzeitig verlangt die Situation eine Erforschung möglicher „Unseens“ (die unerwünschten Nebenwirkungen der Digitalisierung), welche den Blick auf mögliche benachteiligte Gruppen der Telearbeit und hybriden Arbeit lenkt.

GRUNDRECHTE UND PERSÖNLICHE FREIHEITEN

Der Ausbruch der Pandemie führte in fast jedem Land der Welt zu starken Eingriffen in die persönlichen Freiheiten der Menschen. Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind stets mit dem Eingriff in persönliche Freiheiten

sowie der Beschränkung von Grundrechten abzuwägen. Hierbei ist anzuraten, die Perspektive von Menschenrechtsorganisationen in politische Entscheidungen sowie Forschungen zum Thema zu integrieren.

FOKUS AUF SOZIALE SICHERHEIT

Die Auswirkungen von Covid-19 machen einen verstärkten Fokus auf das Thema soziale Sicherheit notwendig, um bisher bekannten negativen Effekten der Pandemie in diesem Bereich (beispielsweise im Hinblick auf Armutsgefährdung oder Gender) entgegenzuwirken. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Rolle der sozialen Sicherheit für Österreich als Wirtschaftsstandort rele-



vant. Die aktuelle Krise erinnert auch an die Wichtigkeit der Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Rechte, beispielsweise das Recht auf sichere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit. Dieses Thema sollte auch in der Forschung etabliert werden und dementsprechende demografische und gender-spezifische Datenerhebungen gefördert werden.

GESUNDHEITS-SYSTEME UND -REGIONEN

Erklärtes Ziel sollte es sein, die Resilienz der EU-Gesundheitssysteme zu erhöhen und die Abläufe im Gesundheitswesen besser zu koordinieren. Die Förderung europäischer Gesundheitsregionen ist weiterhin anzuraten. Grenzüberschreitende Projekte führen zu einer

notwendigen, grenzüberschreitenden Erfassung der Gesundheitssituation, sowie Kooperationen im Bereich Krankenhaus und Rettungsdienst, sowie des Wissenstransfers und Ausbaus von Kooperationsnetzwerken.



CO2-FREIE MOBILITÄT - KEINE UTOPIE

Unser Ziel:

CO2 freie Mobilität am Boden und in der Luft durch synthetische Kraftstoffe.
Welche politischen Maßnahmen und Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.



Um das hochgesteckte politische Ziel der CO2 Neutralität Europas bis 2050 erreichen zu können, sind besondere Anstrengungen im Verkehrsbereich erforderlich. Jeder alternative Weg soll dabei den Bedarf der Bürger nach Mobilität erfüllen, um die notwendige Akzeptanz zu erreichen, muss gleichzeitig aber auch sozial - und umweltverträglich sowie wirtschaftlich und technisch machbar sein.

Mit der Elektromobilität gibt es eine gangbare Alternative für den Autoverkehr.

Im Flugverkehr und auch im Schwerverkehr sind Elektroantriebe aber nur sehr begrenzt einsetzbar, daher braucht es dafür ausreichende synthetische oder biogene alternative Kraftstoffe. **Verschiedenste technologische Lösungen wurden entwickelt, jedoch die wirtschaftliche Umsetzung gestaltet sich ähnlich wie in den Anfängen der Elektromobilität schwierig.** Es ist daher dringend notwendig, rechtzeitig die richtigen politischen Weichenstellungen vorzunehmen.

Wir erlauben uns mit folgenden Forderungen an die Europäischen Kommission heran zu treten:

- Die Forschung, **Entwicklung und Demonstration** von Technologien für die ausreichende und wirtschaftliche Erzeugung von synthetischen und biogenen alternativen Kraftstoffen und synthetischem oder biogenem Kerosin im Rahmen des „Green New Deals“ stärker zu priorisieren und die nationalen Anstrengungen in diese Richtung zu unterstützen.
- Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten einen Entwicklungspfad zu definieren, der eine schrittweise steigende Beimengungspflicht für synthetisches oder **biogenes** Kerosin im Luftverkehr (ähnlich wie beim Biodiesel) vorsieht, und diese Vorgangsweise auch möglichst global zu vereinbaren, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. **Diese klimaschonenderen Treibstoffe müssten demgemäß positiv in der Berechnung der Steuersätze einfließen. Diese Maßnahmen sollen auch als Alternative zu einer bezüglich der positiven Klimawirkung höheren Besteuerung der Luftfahrt gesehen werden.**
- Projekte zur **Erforschung, Demonstration** und zur Optimierung von Erzeugungsformen sowie zur Produktion von CO2 neutralen alternativen Kraftstoffen biogenen oder synthetischen Ursprungs durch Kredite der EIB **vermehrt** zu unterstützen.